Niederschrift
über die 21. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 16. August 2018, 17:00 Uhr**
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Matthias Nölke, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Dr. Hasina Farouq, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Anja Möller, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Petra Ullrich, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU
Saskia Spohr-Frey, Mitglied, CDU (ab TOP 2, 17.08 Uhr)
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne
Michael Werl, Mitglied, AfD
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme
Gerd Walter, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates
Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Kathy Käferstein, Ordnungsamt
Julia Funke, Rechtsamt
Anja Morell, Bürgeramt

Tagesordnung:

1. **Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vereinigung der Kfz-Zulassungsstellen von Stadt und Landkreis Kassel vom 29. Januar 2003** 101.18.975

2.	**Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vereinigung der Ausländerabteilungen von Stadt und Landkreis Kassel an die gestiegenen Ausländerzahlen**	101.18.976
3.	**GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft der Stadt Kassel mbH -Gründung der GWG Projektgesellschaft mbH (GWGpro)**	101.18.978
4.	**Konzept gegen Graffitis**	101.18.925
5.	**Koma-Saufen**	101.18.927
6.	**Schutz der städtischen Ordnungskräfte**	101.18.985
7.	**Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen**	101.18.993
8.	**Zwangsräumung Campingplatz**	101.18.994
9.	**Ruhestörungen Goetheanlage / Samuel-Beckett-Anlage**	101.18.995
10.	**Parkordnung**	101.18.996

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 9. August 2018 ordnungsgemäß einberufene 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordnete Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, beantragt **Tagesordnungspunkt 10. betr. Parkordnung -101.18.996,** wegen Beratungsbedarf ihrer Fraktion von der Tagesordnung abzusetzen.
Da Vorsitzender Kortmann beabsichtig wegen Sachzusammenhangs die **Tagesordnungspunkte 7** betr. **Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen,** 101.18.993**,** und **10. betr. Parkordnung,** 101.18.996**,** gemeinsam zur Beratung aufzurufen, wird einvernehmlich festgelegt, die beiden Tagesordnungspunkte 7 und 10 von der Tagesordnung abzusetzen und für die nächste Ausschusssitzung vorzumerken.

Weiterhin wird einvernehmlich **Tagesordnungspunkt 8 betr. Zwangsräumung Campingplatz**, 101.18.994, von der Tagesordnung abgesetzt, da die Anfrage noch nicht beantwortet werden kann.

Vorsitzender Kortmann stellt die geänderte Tagesordnung so fest.

1. Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vereinigung der Kfz-Zulassungsstellen von Stadt und Landkreis Kassel vom 29. Januar 2003
Vorlage des Magistrats
- 101.18.975 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Unterzeichnung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vereinigung der Kfz-Zulassungsstellen von Stadt und Landkreis Kassel vom 29. Januar 2003 in der beigefügten Fassung wird zugestimmt."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vereinigung der Kfz-Zulassungsstellen von Stadt und Landkreis Kassel vom 29. Januar 2003, 101.18.975, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vereinigung der Ausländerabteilungen von Stadt und Landkreis Kassel an die gestiegenen Ausländerzahlen
Vorlage des Magistrats
- 101.18.976 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Unterzeichnung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur 1. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vereinigung der Ausländerabteilungen von Stadt und Landkreis Kassel vom 9. Juli 2007 in der beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Für die Jahre 2016 und 2017 wird rückwirkend einer pauschalierten Übergangslösung zugestimmt, nach der der Landkreis der Stadt einen Festbetrag in Höhe von 1.235.000 Euro pro Jahr zahlt. Diese Regelung gilt anteilig auch für 2018 bis zum Wirksamwerden der Vereinbarung."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vereinigung der Ausländerabteilungen von Stadt und Landkreis Kassel an die gestiegenen Ausländerzahlen, 101.18.976, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tesfaiesus

3. GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft der Stadt Kassel mbH -Gründung der GWG Projektgesellschaft mbH (GWGpro)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.978 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Der Gründung der GWG Projektentwicklung GmbH (GWGpro) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfes des Gesellschaftsvertrages zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft der Stadt Kassel mbH
-Gründung der GWG Projektgesellschaft mbH (GWGpro), 101.18.978, wird **zugestimmt.**

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag wird ergänzt:

1. Der Gründung der GWG Projektentwicklung GmbH (GWGpro) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfes des Gesellschaftsvertrages **mit der Ergänzung der Punkte 3 und 4** zugestimmt.
3. Im Gesellschaftervertrag des § 8 Aufsichtsrat 1. b) wird ergänzt: **8** weitere von der Gesellschafterversammlung gewählte Mitglieder **der Stadtverordnetenversammlung**
4. Im Gesellschaftervertrag wird neu aufgenommen: **Die Beschäftigten der Gesellschaft werden nach dem aktuellen Tarif des Öffentlichen Dienstes bezahlt**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, FDP + Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft der Stadt Kassel mbH – Gründung der GWG Projektgesellschaft MbH (GWGpro), 101.18.978, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Spohr-Frey

4. Konzept gegen Graffitis
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.925 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Mit welchem Konzept und mit welchen Mitteln will der Magistrat dem Problem der sog. Graffitis in Kassel sowohl an städtischem wie auch privatem Eigentum begegnen?

Die Anfrage wird von Stadtverordneter Spohr-Frey, CDU-Fraktion, begründet. Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und weitere Nachfragen.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla für erledigt.

5. Koma-Saufen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.927 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat das Problem des sog. „Koma-Saufens" bei Jugendlichen in Kassel?

2. Was und mit welchen Mitteln wird der Magistrat unternehmen, um das sog. „Koma-Saufen" von Jugendlichen zumindest einzudämmen?

3. Wie oft wurden bei entsprechenden Kontrollen der Behörden in den letzten 3 Jahren Kinder bzw. Jugendliche in Gaststätten beim Alkoholkonsum angetroffen?

4. Was geschieht, wenn dies der Fall ist?

Nach Begründung durch Stadtverordneten Augustin, CDU-Fraktion, beantwortet Stadtrat Stochla die Anfrage und sagt die schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu. Die weiteren Nachfragen werden von Stadtrat Stochla und Frau Käferstein, Ordnungsamt, beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla und Frau Käferstein, Ordnungsamt, erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

6. Schutz der städtischen Ordnungskräfte
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.985 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele städtische Ordnungskräfte sind momentan angestellt und wie viele Stellen sind (unter Angabe von Gründen) unbesetzt? Bitte schlüsseln Sie hierbei auf nach Einsatzbereichen.

2. Wie viele städtische Ordnungskräfte wurden in den Jahren 2011 bis 2017 Opfer 1. von körperlicher und 2. verbaler Gewalt? Bitte schlüsseln Sie hierbei auf nach Einsatzbereichen.

3. Welche Maßnahmen ergreift die Verwaltung, um den Schutz der städtischen Ordnungskräfte (bspw. in Form von Schutzausrüstung und Abwehrwaffen sowie Verteidigungs- oder Deeskalationskursen) zu gewährleisten? Bitte schlüsseln Sie hierbei auf nach Einsatzbereichen.

Die Anfrage wird von Stadtverordneten Werl, AfD-Fraktion begründet.
Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage.

Vorsitzender Kortmann erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla für erledigt.

7. Sauberkeit in städtischen Park- und Grünanlagen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.993 -

Abgesetzt

8. Zwangsräumung Campingplatz
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.994 -

Abgesetzt

9. Ruhestörungen Goetheanlage / Samuel-Beckett-Anlage
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.995 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zu einer der nächsten Sitzungen des Rechtsausschusses Vertreter des Ordnungsamtes sowie der Polizei einzuladen um über Ruhestörungen in Kasseler Stadtteilen, insbesondere in der Goetheanlage, der Samuel-Beckett-Anlage sowie am Rudolphsplatz, zu berichten sowie Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

Stadtverordneter Nölke, Fraktion FDP + Freie Wähler + Piraten begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei Stimmengleichheit
Zustimmung: CDU (3), AfD (1), Kasseler Linke (1), FDP + Freie Wähler + Piraten (1)
Ablehnung: SPD (4), B90/Grüne (2)
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion FDP + Freie Wähler + Piraten betr. Ruhestörungen Goetheanlage / Samuel-Beckett-Anlage, 101.18.995, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Werl

10. Parkordnung
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.996 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 17:49 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Jutta Butterweck
Schriftführerin

17. August 2018

Kosten für die Behebung von Graffitischäden an städtischen Gebäuden

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 17. AUG. 2018

Jahr	Euro
2017	28.594,68
2016	18.729,36
2015	39.154,98
2014	25.928,68
2013	25.747,57
2012	24.735,49

- 32 -/ - 51 -
-322-/ - 5145 -

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 22. AUG. 2018

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 14. AUG. 2018

11. Juni 2018
Bernd Kessler
Cornelia Stephan
☎ 25 46

An

- III -

Anfrage der CDU-Fraktion vom 15. Mai 2018 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
Vorlage Nr.: 101.18.927 – Koma-Saufen

Fragesteller: Valentino Lipardi

Frage:
Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat das Problem des sog. „Koma-Saufens" bei Jugendlichen in Kassel?

Stellungnahme:

Von 2013 bis 2015 ging die Zahl der Krankenhauseinweisungen von komatösen Jugendlichen aus Kassel kontinuierlich zurück. In 2016 stieg die Anzahl der Fälle an, was auch auf die gestiegene Zahl von Mädchen mit Alkoholintoxikation zurückzuführen war.
2017 wiederholte sich die Erhöhung der Krankenhauseinlieferungen komatöser Jugendlicher in Kassel nicht.

Zahlen aus 2016 (Quelle: Statistik HaLt Hessen, Beratungsverbund der DM e.V.)
Gemeldete Fälle von komatös eingelieferten Jugendlichen aus der Stadt Kassel:
26 Personen
19 männliche und 7 weibliche Jugendliche
Alter von 12 bis 18 Jahre, der größte Teil ist 15 – 16 Jahre alt

Zahlen aus 2017
Gemeldete Fälle von komatös eingelieferten Jugendlichen aus der Stadt Kassel:
16 Personen
9 männliche und 7 weibliche Jugendliche
Alter: 14 bis 18 Jahre, der größte Teil war 16 – 17 Jahre alt

Aus ordnungsrechtlicher Sicht trat das sogenannte „Koma-Saufen" von Kindern und Jugendlichen nicht in Kasseler Gaststättenbetrieben, sondern im öffentlichen Straßenraum auf. Zum Teil trafen sich dort größere Gruppen von jungen Menschen zum sogenannten „Vorglühen" auf öffentlichen Flächen und versorgten sich aus Einzelhandel des Umfeldes.

Ordnungsrechtlich wurde diesem Phänomen mit einer erhöhten Präsenz von Polizei und Ordnungspolizeibeamten begegnet.

Frage:

2. Was und mit welchen Mitteln wird der Magistrat unternehmen, um das sog. „Koma-Saufen" von Jugendlichen zumindest einzudämmen?

Stellungnahme:

Seit 2011 beteiligt sich das Jugendamt, Abteilung Kinder- und Jugendförderung, am Bundesprojekt HaLt – Hart am Limit – zur Alkoholprävention von Kindern und Jugendlichen. HaLt bietet eine Kombination aus verhaltens- und verhältnisbezogener Prävention, bestehend aus zwei Bausteinen: proaktiv und reaktiv.
Ein Ziel des proaktiven Bausteins, die Schaffung eines kommunal verankerten Präventionsnetzwerks für die Stadt Kasel wurde erreicht. Durch verschiedene Präventionsworkshops zum Thema Alkohol in Schulen und Jugendeinrichtungen, sowie Aktionen im öffentlichen Raum sind viele Jugendliche für den Umgang mit Alkohol sensibilisiert worden.
Ebenso erfolgreich bildet sich der reaktive Baustein, durch eine überdurchschnittliche Erreichung von handlungsbedürftigen Jugendlichen aus Kassel, ab. Erreicht wird dies durch die Organisation einer Wochenendbereitschaft um die Jugendlichen und ihre Eltern noch im Krankenhaus anzusprechen. Ohne diese sogenannten „Brückengespräche" mit den komatös eingelieferten Jugendlichen und ihren Eltern hätten diese keinen Kontakt zum Suchthilfesystem gefunden.

Insgesamt lässt sich nachvollziehen, dass das Jugendamt zum Thema Alkoholprävention und -intervention vielseitig aufgestellt ist. Begonnen wird schon im Grundschulalter, denn starke Kinder, Kinder mit einer stabilen und belastbaren Persönlichkeit, haben bessere Chancen ein Leben ohne Sucht zu führen.

Frage:

3. Wie oft wurden bei entsprechenden Kontrollen der Behörden in den letzten 3 Jahren Kinder und Jugendliche in Gaststätten beim Alkoholkonsum angetroffen?

Stellungnahme:

Siehe Antwort zu 1)

Frage:

4. Was geschieht, wenn dies der Fall ist?

Stellungnahme:

Siehe Antwort zu 1.) und 2).

gez.

Ulrich Krebs